



12 Südtirol Donnerstag, 14. Mai 2026 - Dolomiten

„Diese Reform ist ein klares Signal: Südtirols Autonomie ist kein statisches Denkmal, sondern ein lebendiges Fundament“

SVP-Obmann Dieter Steger



„Da inhaltlich wenig an Substanz vorhanden ist, kann man für Südtirol von einem nicht zufriedenstellenden Ergebnis sprechen.“

Bernhard Zimmerhofer, Süd-Tiroler Freiheit

ABSTIMMUNG AUTONOMIE-REFORM

Von „Meilenstein“ bis „Aufweichung“

REAKTIONEN: Große Freude bei Parteien, Verbänden und Organisationen – Es gibt aber auch kritische Stimmen – Wirtschaft mahnt, Spielräume auch zu nutzen

BOZEN/ROM/TRIENT. Wenige Minuten nach dem Bekanntwerden des Abstimmungsergebnisses trafen bereits erste Reaktionen von Parteien, Verbänden und Organisationen ein. „Südtirols Eigenständigkeit für die Zukunft wurde gestärkt“, erklärte SVP-Obmann Dieter Steger in einer Stellungnahme.

Für die **Südtiroler Volkspartei** bezeichnet der Obmann die endgültige Verabschiedung der Autonomiereform als „großen politischen Erfolg“. Die Reform soll Südtirol mehr Zuständigkeiten, mehr Rechtssicherheit und größere Handlungsspielräume geben. Gestärkt bzw. abgesichert werden unter anderem Bereiche wie Raumordnung, Bauwesen, Umwelt, öffentliche Dienste, Wasserkraft und Handel. Außerdem sollen bereits erreichte Autonomierechte künftig besser vor Einschränkungen durch den Staat geschützt werden. Gemeinsam betonen Arno Kompatscher, Dieter Steger und Meinhard Durnwalder, dass die Reform ein historischer Meilenstein sei und Südtirol mehr Möglichkeiten gebe, selbst über wichtige Themen zu entscheiden. Die SVP ordnet die Reform in die großen Etappen der Südtiroler Autonomiegeschichte ein – vom Zweiten Autonomiestatut bis zur Streitbeilegung 1992 – und sieht darin einen weiteren wichtigen Schritt zur Stärkung der Autonomie. „Diese Reform ist ein klares Signal: Südtirols Autonomie ist kein statisches Denkmal, sondern ein lebendiges Fundament. Sie muss geschützt, erneuert und weiterentwickelt werden. Heute ist uns genau das gelungen“, erklärt SVP-Obmann Dieter Steger.

Die **Südtiroler Freiheit** bewertet die in Rom verabschiedete Autonomiereform kritisch. Zwar würden einige frühere Zuständigkeiten Südtirols wiederhergestellt und neue Kompetenzen etwa im Umweltbereich geschaffen, insgesamt sei die Reform jedoch nicht zufriedenstellend. Besonders kritisiert die STF das weiterhin bestehende „nationale Interesse“, das dem italienischen Staat weiterhin Eingriffe ermögliche. Auch politische Zu-



Im Bild die Südtiroler Senatoren (v.l.): Julia Unterberger, Meinhard Durnwalder (beide SVP) und Luigi Spagnoli (PD).

LPA/Senat

geständnisse an die italienische Volksgruppe sowie die schwache Einvernehmensklausel werden beanstandet. Nach Ansicht der Bewegung bleiben zudem viele Forderungen des Südtirol-Konvents unberücksichtigt.

Die **Legge Trentino-Südtirol** bezeichnet die Verabschiedung der Autonomiereform als „historischen Erfolg“. Die Parteisekretäre Diego Binelli (Trient) und Paolo Zenorini (Südtirol) betonen, die Reform sei das Ergebnis jahrelanger Zusammenarbeit zwischen der italienischen Regierung und den lokalen Verwaltungen. Besonders gelobt wird der zuständige Minister Roberto Calderoli, der das Abkommen umgesetzt habe. Die Lega sieht in der Reform eine wichtige Stärkung der Autonomie beider Länder und bezeichnet sie als lang erwarteten Erfolg, der vor allem der Arbeit von Lega und Mitte-Rechts-Regierung zu verdanken sei.

Für den Obmann des **Südtiroler Heimatbundes**, Roland Lang, ist die Reform keine „Stärkung“, sondern eine „Aufweichung“ der Autonomie. Er kritisiert vor allem, dass der Schutz

der deutschen und ladinischen Minderheit geschwächt werde. Als problematisch gelten insbesondere das weiterhin bestehende „nationale Interesse“, das dem italienischen Staat Eingriffsmöglichkeiten lasse, sowie eine als unzureichend eingeschätzte Einvernehmensklausel zwischen Staat und Land. Zudem bezeichnet Lang die Verkürzung der Ansässigkeitsdauer für das Wahlrecht auf zwei Jahre als „riskant“, da sie seiner Ansicht nach den Minderheitenschutz beeinträchtigen könnte.

Laut dem Abgeordneten **Alessandro Urzi** stärkt die Reform die Autonomie und modernisiert die Beziehungen zwischen den Sprachgruppen in Südtirol. Zu den wichtigsten Neuerungen zählen kürzere Wohnsitzfristen für das Wahlrecht, mehr politische Mitbestimmung für italienische Vertreter in den Gemeinden sowie neue Regelungen zum Schutz der historischen Ansässigkeit. Außerdem sollen Streitigkeiten zwischen Staat und autonomen Provinzen über Zuständigkeiten reduziert werden.

Senatorin **Michaela Biancofiore** (**Noi Moderati**) bezeichnet

die Verabschiedung der Autonomiereform als „historischen Moment und großen Fortschritt“. Sie lobt die Regierung unter Führung des politischen Mitte-rechts-Lagers sowie Minister Roberto Calderoli, „weil mit der Reform frühere Kompetenzen wiederhergestellt und die Autonomie weiterentwickelt werden“. Besonders hebt sie die Bedeutung der Zusammenarbeit zwischen den Sprachgruppen hervor und sieht die Region als „Brücke nach Europa“. Gleichzeitig äußert sie auch Kritik an einzelnen Punkten: Vor allem die neue Regelung zur Jagd- und Wildtierverwaltung sowie die verkürzte Ansässigkeitsdauer für das Wahlrecht sieht sie problematisch. Sie warnt vor möglichen Konflikten und fordert Änderungen.

Erfreut zeigt sich der **Südtiroler Wirtschaftsring**: „Das ist ein weiterer Meilenstein auch für die weitere wirtschaftliche Entwicklung des Landes“, so **Präsident Lukas Brunner**. Er betont aber auch, dass damit nicht alle Themen und Probleme vom Tisch seien: Das Ringen um größere autonome Spielräume etwa in

den Bereichen Digitalisierung, Energie, Sicherheit, Ehrenamt und anderes gehe weiter.

Südtirol verdanke seinen Erfolg und seine wirtschaftliche Entwicklung ganz wesentlich seiner Autonomie, betont **HGV-Präsident Klaus Berger**. Diesen Weg gelte es nun nach beschlossener Reform fortzusetzen und weiter zu festigen.

„Dass mit der Autonomiereform etliche Bestimmungen in den Bereichen Raumordnung, Bauwesen und Bauleitpläne weiter gefasst werden“, darüber freut sich **Ivh-Präsident Martin Haller**: „Jetzt gilt es, Hand anzulegen, um Raumordnung, Landschaft und Siedlungsentwicklung nachhaltig, aber auch autonomer zu steuern.“

Philipp Moser, **hds-Präsident**, begrüßt seinerseits vor allem die in der Autonomiereform vorgesehene Weiterentwicklung autonomer Befugnisse: „Die klar definierte ausschließliche Gesetzgebungskompetenz für den Handel eröffnet uns neue Chancen für echte autonome Handlungsgesetze.“ „Mit der Autonomiereform werden auch landwirtschaftliche Rahmenbedin-

gungen konkret gestärkt“, ist **Bauernbund-Obmann Daniel Gasser** überzeugt. Und für **Peter Glierer**, Präsident der Vereinigung Südtiroler Freiberufler, steht im Mittelpunkt, „dass zukünftig das einmal erreichte Autonomieniveau nicht ohne unser Einverständnis unterschritten werden kann“. Das „sollte zu einer größeren Rechtssicherheit und Verlässlichkeit in den Entscheidungen führen und darauf sind wir Unternehmer und Freiberufler Tag für Tag angewiesen“, betont er.

Unternehmensverbandspräsident Alexander Rieper findet: „Südtirol hat sich nach dem Zweiten Weltkrieg von einer der ärmsten Regionen zu einer der wohlhabendsten Europas entwickelt: Die Autonomie – und die tüchtigen Menschen, die es verstanden haben, diesen Freiraum zu nutzen – waren entscheidend für diese Entwicklung. Sie weiter zu stärken ist von grundlegender Bedeutung: Unsere Vertreter in Bozen und Rom haben dafür wertvolle Arbeit geleistet. Mehr Autonomie bringt jedoch auch mehr Verantwortung mit sich: In diesem Sinne sind wir nun gemeinsam gefordert, die neuen Handlungsspielräume so zu nutzen, dass unser Land noch wettbewerbsfähiger aufgestellt wird.“

Landesrat Christian Bianchi (**Forza Italia**) unterstreicht die Bedeutung der Abstimmung aus parteipolitischer Sicht: Sie zeige, „dass die Verteidigung der Autonomie nicht nur eine Angelegenheit der linken Parteien ist, wie diese viele Jahre lang zu behaupten versucht haben. Ab heute zeigen die Mitte-Rechts-Parteien hingegen konkret, dass die Autonomie ein Erbe ist, das von allen bewusst verteidigt wird, und ab heute auch durch Taten unter Beweis gestellt wird.“

Luigi Spagnoli (**Vize-Präsident der Autonomiegruppe im Senat**) findet, die Reform wäre „ohne die intensive Arbeit der letzten PD-geführten Regierungen niemals möglich“ gewesen: „Von Letta über die Regierung Renzi bis hin zu Gentiloni: Es war die Mitte-Links-Koalition, die den Grundstein dafür gelegt hat, die starken Konflikte zwischen dem Zentralstaat und den autonomen Provinzen zu überwinden.“

© Alle Rechte vorbehalten